

Antrag

der CDU-Fraktion

Schulfrieden in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Eltern, Lehrer und Schüler wünschen sich Kontinuität im Brandenburgischen Schulsystem. Der Landtag bekennt sich daher zur Schulstruktur in der jetzigen Form. Dazu gehören auch die weiterführenden Schulen. Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien sind als wertvolle Bestandteile unseres Bildungssystems auch zukünftig unverzichtbar.

Dort, wo angesichts sinkender Schülerzahlen Schulstandorte bedroht sind, verfügen Schulträger und Schulaufsicht schon jetzt über die Möglichkeit, Grundschulen und weiterführende Schulen an einem gemeinsamen Standort zu betreiben. Darüber hinausgehende Strukturveränderungen stellen keinen zusätzlichen Beitrag zur Sicherung von Schulstandorten dar. Grundschulstandorte lassen sich durch das Modell der Kleinen Grundschule sichern. Möglichkeiten zum Erhalt weiterführender Schulen können unter anderem Filiallösungen, Einzügigkeit und niedrigere Klassenfrequenzen sein.

Der Landtag bekennt sich zur Verlässlichkeit als oberstem Ziel Brandenburger Bildungspolitik. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von weiteren Pilotprojekten und Experimenten abzusehen. Stattdessen sollen die verfügbaren Lehrkräfte zur Absicherung des Unterrichts innerhalb der bestehenden Strukturen eingesetzt werden.

Begründung:

In dem Positionspapier vom 19. Juni 2015 fordert die Fraktion DIE LINKE unter anderem, das erfolgreiche Modell der Leistungs- und Begabungsklassen abzuschaffen, sowie eine weitere Novelle des Schulgesetzes, um in einem Pilotprojekt ab dem Schuljahr 2017/2018 die Einheitsschule von der Jahrgangsstufe

1 bis zur Jahrgangstufe 13 einzuführen. Dies bedeutet zwangsläufig die Abschaffung aller Schulformen, einschließlich der Gymnasien.

Die Schulstruktur des Landes Brandenburg ist seit der Gründung des Landes mehrfach reformiert worden. Zudem sind in den letzten Jahren viele Schulversuche durchgeführt worden. Vor diesem Hintergrund fordern Eltern und Lehrer sowie Unternehmer immer wieder einen Schulfrieden. Große Teile der Politik haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Seit Einführung der Oberschulen hat sich die derzeitige Struktur des Brandenburger Bildungssystems bewährt. Auch die Leistungs- und Begabungsklassen genießen große Anerkennung bei Eltern, Schüler und Lehrern. Bildungsforscher haben sie zudem wiederholt positiv evaluiert. Mit ihren aktuellen Forderungen stellt die Fraktion DIE LINKE diese bewährte Struktur und den mühsam errungenen Schulfrieden für Brandenburg grundsätzlich in Frage.

Der Verweis auf sinkende Schulstandorte verfährt nicht. Die organisatorische Zusammenlegung von Grundschulen und weiterführenden Schulen ist bereits jetzt möglich und wird an verschiedenen Standorten auch praktiziert. Keiner der aktuell gefährdeten Standorte könnte durch die Einführung eines einheitlichen Schultyps erhalten werden.

Der Koalitionsvertrag erwähnt Schulzentren als ein Mittel, um Schulstandorte zu sichern – unter der Voraussetzung, dass Schulträger und Eltern dies wünschen. Der Koalitionsvertrag geht insofern über den Status quo nicht hinaus.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion